



Impulsrede 2012

Verrutschte Maßstäbe und beschädigte Anker – Langzeitschäden der Rettungspakete

Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e.V.

Prof. Dr. Henning Klodt

I.

Vor wenigen Tagen konnten wir den 4. Jahrestag des Zusammenbruchs der Lehman Bank begehen. Dieses Ereignis war weder Ursache noch Beginn der globalen Finanzkrise, aber er steht bis heute gleichsam als Chiffre für den Zeitpunkt des Übergangs der Weltwirtschaft vom Normalmodus in den Krisenmodus. Dass die Lage ernst war, hatte nach dem 15. September 2008 wohl jeder begriffen. Doch wie lange sich die Krise hinziehen würde und wie weite Kreise sie noch ziehen würde, ahnte damals kaum jemand.

Auch heute ist noch kein Ende der Krise abzusehen. Manche Beobachter meinen gar, nach der Krise der Finanzindustrie und der anschließenden Krise der Staatsfinanzen würde nun die Krise des Geldsystems insgesamt folgen. Obwohl es sicher reizvoll wäre, möchte ich mich heute an diesen Spekulationen nicht beteiligen – zumindest nicht direkt. Mir geht es vielmehr darum, dass es bei der Finanz- und Staatsschuldenkrise um mehr geht als die in Fässern ohne Boden verschwindenden Rettungsgelder – wobei diese

Fässer für sich genommen schon problematisch genug sind. Aus meiner Sicht verursacht die Finanz- und Staatsschuldenkrise für die Gesellschaft insgesamt noch weitaus gravierendere Langzeitschäden, die mit aus den Fugen geratenen Wertmaßstäben zu tun haben. Ursächlich dafür sind die Rettungsprogramme, die selbst aus den Fugen geratenen sind. Und nicht zuletzt die Art und Weise, wie die Politiker der Bevölkerung gegenüber die „Alternativlosigkeit“ dieser Programme kommunizierten.

II.

Ein kurzer Blick auf die Rettungsschirme: Ihre finanziellen Dimensionen sind nahezu unüberschaubar. Zählt man für Deutschland die Haftungssummen aus EFSF, ESM und dem ersten Griechenland-Paket zusammen, addiert dazu die auf Deutschland entfallenden Anteile an den von der EZB gehaltenen dubiosen Staatsanleihen und nimmt schließlich die auf Deutschland entfallenden Anteile an den Target-II-Defiziten der Krisenländer hinzu, so ergibt sich eine gesamte Haftungssumme, die nicht weit von der Billionengrenze entfernt ist. Das entspricht mehr als dem Dreifachen des Bundeshaushalts, etwa der Hälfte der bereits heute akkumulierten gesamten deutschen Staatsschuld oder 40 Prozent des gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukts eines Jahres.

All die ungedeckten Wechsel, die derzeit von der Politik ausgestellt werden, müssen irgendwann einmal von den Bürgern eingelöst werden – durch höhere Steuern, durch Verzicht auf staatliche Leistungen und nicht zuletzt durch die Entwertung von Geldvermögen und nicht-indexierter Kontrakteinkommen infolge anziehender Inflationsraten. Hinzukommen werden Allokationsverzerrungen durch eine Flucht in Sachwerte, wie es heute schon ansatzweise auf den Aktien- und Immobilienmärkten zu beobachten ist. All dies wird selbst für eine robuste Volkswirtschaft wie die deutsche schwer verkraftbar sein und zu spürbaren Wachstums- und Wohlstandseinbußen führen.

Die verantwortlichen Politiker gehen mit diesen Belastungen für die Bürger nicht wirklich offen um. Sie möchten uns weismachen, all die Rettungsgelder seien gar kein echtes Geld – es handele

sich ja nur um Garantien und Bürgschaften, die zur Beruhigung der Märkte dienten und die sicherlich nie in Anspruch genommen werden würden. Es gehe nur darum, ein wenig Zeit zu gewinnen und die Märkte zu beruhigen. Wenn sie sich dann erst einmal beruhigt hätten, würden all die Garantien überflüssig werden und die Rettungsschirme könnten wieder zugeklappt werden. In der Zwischenzeit lasse sich sogar prächtig an der Rettung verdienen, denn zum einen würden die Bürgschaften und Hilfskredite von den maroden Banken und den Krisenländern recht ordentlich verzinst und zum anderen komme speziell Deutschland in den Genuss niedriger Zinsen für seine eigenen Anleihen, da diese Anleihen im „sicheren Hafen“ nur sehr niedrig oder gar nicht verzinst werden müssten.

Manche Politiker wissen es vielleicht selbst nicht besser, manche spekulieren vielleicht darauf, die Einlösung der Wechsel würde erst jenseits ihrer persönlichen Amtsperiode fällig werden. Jedenfalls erklären sie unisono, die einzige Möglichkeit, der Schuldenkrise kurzfristig beizukommen, sei es, noch mehr Schulden zu machen. Doch dieses vermeintlich rechte Licht, in das die Politik die Rettungsschirme gern rückt, ist in Wahrheit ein trügerisches Zwielicht. Wie unsere Berechnungen zu den benötigten Primärüberschüssen der verschiedenen Euro-Länder zeigen, werden einige von ihnen weder in Kürze noch in ferner Zukunft je in der Lage sein, ihre Schulden zurückzuzahlen (Bencek, Klodt 2011).

Dabei liegt das Kernproblem etwa in Griechenland gar nicht im hohen Schuldenstand, sondern darin, dass Einkommensansprüche und Einkommensmöglichkeiten weit auseinanderklaffen – abzulesen an der Diskrepanz zwischen Reallöhnen und Produktivität oder auch abzulesen am Anteil der öffentlich Bediensteten an allen Arbeitnehmern. Bisher ist die Lücke durch öffentliche und private Kreditaufnahme an den Finanzmärkten gestopft worden. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, dass es jetzt (nachdem die Kapitalmarktfinanzierung stockt) die Rettungsschirme sind, die die Lücke stopfen. Dabei sollten sie eigentlich die Konsolidierung der Banken und Staatshaushalte erleichtern und nicht das Leben über die Verhältnisse alimentieren. Da echte Konsolidierungen immer wieder vertagt werden, ist ein Ende des Bedarfs an internationalen Hilfgeldern nicht absehbar. Spätestens dann, wenn trotz aller Rettungshilfen die staatliche Insolvenz erreicht

ist, werden aus den Bürgschaften und Garantien der stabilen Euro-Länder echte Zahlungen. Und sollte das eine oder andere Land auch noch aus der Euro-Zone ausscheren, dann wird die EZB auf den von diesen Ländern aufgekauften Staatsanleihen sitzenbleiben und die viel diskutierten Target-II-Salden können in den Schornstein geschrieben werden.

III.

Die Bürger in Deutschland beginnen allmählich zu ahnen, dass das dicke Ende noch kommt. Zu oft schon ist ihnen verkündet worden, gerade jetzt seien die entscheidenden Tage für die Zukunft des Euro und Europas insgesamt gekommen. Das Versprechen der Politik, alles werde besser werden, wenn nur dieses eine Rettungspaketchen noch geschnürt und auf den Weg gebracht werden würde, hat seine Glaubwürdigkeit allmählich verloren.

Über die finanziellen Lasten hinaus gibt es allerdings weitere gravierende gesellschaftliche Kosten der Krise, die sich kaum in Euro und Cent quantifizieren lassen. Diese Kosten möchte ich als das Verrutschen der Maßstäbe bezeichnen: Politiker und Bevölkerung gewöhnen sich allmählich daran, dass die Milliarde eigentlich doch eine recht überschaubare Zahl sei, und die Billion erscheint gar nicht mehr als unvorstellbar groß. Die Politik ist im Zuge der Krisenbewältigung wie selbstverständlich dazu übergegangen, mit Euro-Beträgen zu hantieren, bei denen ihr vor wenigen Jahren noch schwindelig geworden wäre.

Die Folgen der verrutschten Maßstäbe zeigen sich zunächst einmal in der Aufweichung der staatlichen Ausgabendisziplin. Wer will sich schon über einzelne Etatposten grüblerische Gedanken machen, wenn ihre Volumina unterhalb der Milliardengrenze liegen. Wer will sich denn mit Steuerentlastungen und Subventionsabbau herumplagen, wenn es dabei doch nur um zwei- bis dreistellige Millionenbeträge geht, die weniger als 1 Prozent dessen ausmachen, womit Deutschland bei den Rettungsschirmen in der Haftung steht.

Aktuelles Anschauungsmaterial liefert die Diskussion um den Nürburgring. Die Rennstrecke in der Eifel war mit 330 Millionen Euro zu einem Freizeitpark ausgebaut worden. Doch das Projekt erwies sich als Flop, und die überwiegend landeseigene Nürburgring GmbH musste Mitte Juli 2012 Insolvenz anmelden. Politische Verantwortung dafür übernimmt niemand, und in der Presse ist man schnell wieder zur Tagesordnung übergegangen. Noch großzügiger sind die neuen Maßstäbe in Berlin. Der neue Großflughafen wird vermutlich rund zwei Milliarden Euro teurer werden als geplant. Die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus ist pflichtschuldigst empört, doch sonst regt sich niemand wirklich auf. Es geht ja auch nur um einen Betrag, der etwa zwei Promille der Euro-Haftungssummen ausmacht.

Die Gewöhnung an Milliarden- und Billionen-Beträge führt aber nicht nur in der Politik zu einem Verrutschen der Maßstäbe und untergräbt die staatliche Ausgabendisziplin. Auch für die Bürger verschwimmen die Unterschiede zwischen Millionen, Milliarden und Billionen. Es ist ihnen verständlicherweise nur schwer zu vermitteln, weshalb man sich bei der Rettung von Banken und Krisenländern so großzügig gibt, während auf der nationalen Ebene das Geld knapper als je zuvor zu sein scheint. „Bei den Banken sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“ skandieren die Studenten. Analoge Gesänge stimmen die Empfänger von Sozialleistungen an, denen Leistungsverbesserungen verweigert werden, die weit aus weniger Kosten verursachen würden als die Bankenrettung. Und selbst die Ärzte drohen mit Streik, wenn ihnen statt der geforderten 11 Prozent nur 0,9 Prozent an Honorarsteigerungen gewährt werden.

IV.

Wenn man die Konsequenzen der verrutschten Maßstäbe analytisch fassen will, bietet sich ein Ausflug in die relativ junge Disziplin der Verhaltensökonomik an. Sie stellt das strikte Rationalitätspostulat der traditionellen ökonomischen Theorie in Frage und versucht, wirtschaftliches Handeln von Menschen unter Zuhilfenahme sozialpsychologischer Ansätze besser in den Griff zu be-

kommen. Die ersten Ansätze dazu bezogen sich auf die Erklärung offenkundig irrationaler Verhaltensweisen auf den Finanzmärkten im Rahmen der „behavioral finance“ (Herdenverhalten, Blasenbildung, Verlustaversion, ...). Mittlerweile beschränkt sich die Erweiterung des ökonomischen Horizonts längst nicht mehr auf die Finanzmarktanalyse, sondern setzt sich auf breiter Ebene fort.¹

Von einer etablierten, auf empirisch gesichertem Mikrofundament ruhenden Verhaltensökonomik sind wir allerdings noch weit entfernt. Die Probleme bei der Integration sozialpsychologischer Aspekte in die traditionelle Theorie rühren letztlich daher, dass wissenschaftlicher Fortschritt in der Ökonomie allzu oft als Fortschritt bei der konsistenten Modellierung ökonomischer Sachverhalte begriffen wird. Konsistent heißt dabei, dass sich in den einzelnen Analyseschritten und Modellergebnissen keine Widersprüche zu den Modellannahmen ergeben – und eine ganz zentrale Annahme ist dabei die Annahme rationalen Verhaltens. Dieser Methodik ist irrationales Verhalten also gar nicht zugänglich. „Economics has thus, by its methodology, tied its own hands.“ (Lux/Westerhoff 2009).

Zur Lösung dieses Problems reicht es nicht aus, in den ökonomischen Modellen den herkömmlichen „rationalen Agenten“ willkürlich durch einen „irrationalen Agenten“ zu ersetzen, da dies in die Beliebigkeit führen würde. Es gibt daher zahlreiche durchaus ernst zu nehmende Ökonomen, die der Verhaltensökonomik äußerst skeptisch gegenüberstehen und die trotz der unübersehba-

1. Bahnbrechend für die Verhaltensökonomik war die sogenannte Prospekt-Theorie, für deren Entwicklung David Kahneman und Amos Tversky im Jahre 2002 den Nobelpreis verliehen bekamen. Der Kern dieser Theorie ist eine neuformulierte Nutzenfunktion, in der der individuelle Nutzen eines Konsumenten nicht von der absoluten Menge an verfügbaren Konsumgütern abhängt, sondern von der Veränderung dieser Menge. Dabei wird unterstellt, dass negative Veränderungen (Verluste) stärker gewichtet werden als positive Veränderungen (Gewinne). Diese Annahmen sind, wie Kahneman und Tversky (1979) zeigen konnten, sozialpsychologisch gut fundiert. Entscheidend zur Popularität der Verhaltensökonomik beigetragen hat das Buch von Akerlof und Shiller (2009), in dem sie die „animal spirits“ in den Mittelpunkt stellen. Dieser von John Maynard Keynes entlehnte Begriff soll verdeutlichen, wie sehr menschliches Verhalten von animalischen Instinkten und wie wenig es von rationaler Vernunft geleitet wird.

ren Realitätsferne dafür plädieren, dem traditionell bewährten homo oeconomicus treu zu bleiben.

Die Kritik an den Unvollkommenheiten der Verhaltensökonomik ist ohne Zweifel berechtigt, doch es ist nicht zu übersehen, wie sich mittlerweile als Ergebnis einer umfangreichen experimentellen Forschung und einer Öffnung der Ökonomie gegenüber der Sozialpsychologie verschiedene Grundmuster herauskristallisieren, die die verbreiteten Irrationalitäten bei wirtschaftlichen Entscheidungen zumindest ansatzweise vorhersagbar machen. Sie können vielleicht in der Zukunft den Grundstock einer neuen Theorie bilden, die in sich ähnlich konsistent sein könnte wie heute die neoklassische Nutzentheorie.

Ein zentraler Begriff aus der Verhaltensökonomik ist der sogenannte „Anker“. Anker spielen überall dort eine Rolle, wo es uns schwer fällt, ein autonomes Urteil darüber zu fällen, ob wir bestimmte Kategorien als groß oder klein ansehen sollen. Wenn wir uns beispielsweise fragen, wie viel ein bestimmtes Produkt wert ist, gehen wir zunächst einmal von einem Vergleichspreis aus, der es uns erlaubt, ein erstes Werturteil zu fällen. Nun sind die Anker, die wir bei unserer ökonomischen Bewertung verwenden, nicht unverrückbar, aber sie haben erheblichen Einfluss auf die endgültige Entscheidung. Wir beginnen unsere Urteilsfindung üblicherweise mit dem Anker, um dann nachzujustieren. Wie zahlreiche Experimente belegt haben, wird das Ergebnis dieses Anpassungsprozesses in aller Regel in Richtung des Ankers verzerrt sein.²

Probleme mit der Urteilsfindung über zu hohe oder angemessene Preise haben wir beispielsweise auf den Basaren in fernen Ländern, wo wir oftmals weder die Produkte noch die landesüblichen Preisstrukturen wirklich kennen. Der Basarhändler weiß das natürlich und nennt uns Touristen gegenüber zunächst einmal einen astronomisch hohen Preis, an dessen Realisierung er selbst nicht glaubt und den auch wir für überzogen halten. Unser Urteil darüber, was das betreffende Gut denn wirklich wert ist, wird durch den überhöhten Anfangspreis allerdings doch zumindest ein klein wenig nach oben verzerrt. Der Anfangspreis setzt sich in unserem

2. Beispiele dafür finden sich bei Ariely (2008). Siehe auch Strack, Deutsch (2002).

Hirn als Anker fest und beeinflusst unser Urteil darüber, wie viel das betreffende Gut wert ist. Das freut den Händler und führt bei uns zur Ernüchterung, wenn wir denn mit unseren exotischen Schnäppchen wieder glücklich Zuhause angekommen ist.

Auf der politischen Ebene spielt sich Ähnliches ab, nur dass es hier nicht um Cent- und Euro-Beträge, sondern um Millionen, Milliarden und Billionen geht. Ob die Summen, die der Staat für dieses oder jenes ausgibt, groß oder klein sind, entzieht sich für den Normalbürger weitgehend der Beurteilung. Wer hat schon eine begründete Vorstellung davon, ob ein bestimmtes staatliches Ausgabenprogramm, dessen finanzielle Dimensionen ohnehin weit über das eigene private Haushaltsbudget hinausreichen, als groß oder klein anzusehen ist? Zur Bewertung benötigen wir einen Anker – twa durch Vergleiche mit anderen staatlichen Ausgabenprogrammen. Wenn all die Vergleichsprogramme im Millionenbereich angesiedelt sind, dann werden wir geneigt sein, die Kosten eines neuen Programms, das in diesen Rahmen passt, als finanziell angemessen anzusehen. Programme, die in den Milliardenbereich hineinragen, dürften dann als extrem teuer bewertet werden.

Im Zuge der Rettungsprogramme scheint es ganz selbstverständlich geworden zu sein, bei staatlichen Ausgaben alle Beträge im Millionenbereich oder darunter als weitgehend irrelevant anzusehen. Den vom Millionen- in den Milliardenbereich verrutschten Bewertungsmaßstab tragen wir hinein in die Beurteilung aller möglichen Politikmaßnahmen, so dass uns auch außerhalb der Rettungspakete Milliardenbeträge nicht mehr stutzen lassen. Aus verhaltensökonomischer Sicht kann man das Verrutschen der Maßstäbe gleichsetzen mit der Beschädigung eines Ankers, der es uns erlaubt, Millionen, Milliarden und Billionen voneinander zu unterscheiden.

Wäre Geld nicht knapp, dann wäre alles dies kein Problem. Dann würden die Bildungs- und Sozialetats eben nicht um wenige Prozentchen erhöht oder gar gekürzt, sondern kräftig aufgestockt. Dies alles ist aber leider nicht finanzierbar, was früher einmal den meisten Bürgern durchaus eingeleuchtet hat. Da sie mittlerweile aber von den Euro-Rettern an die Milliarden und Billionen gewöhnt wurden, ist der Anker, mit dem sie staatliche Ausgabenprogramme bewerten, kräftig nach oben verrutscht. Entsprechend

groß ist die Enttäuschung, wenn sich die Politik dann gezwungen sieht, ihr tatsächliches Ausgabeverhalten doch eher wieder an den Größenordnungen zu orientieren, die früher einmal galten.

V.

Zeit für ein kleines Zwischenfazit: Die gigantischen Rettungsprogramme im Euro-Raum haben zu einem Verrutschen der Maßstäbe geführt, in dessen Folge der Anker für die Beurteilung der Angemessenheit und Finanzierbarkeit staatlicher Leistungen kräftig nach oben gedrückt worden ist. Die Politik sieht sich deshalb – nicht nur wegen der knappen öffentlichen Mittel, sondern vor allem wegen der ständig steigenden Erwartungen – immer weniger in der Lage, den Bürgern das zu geben, was sie erwarten und was sie glauben, dass es ihnen zustehe. Die Konsequenz ist ein Verlust des Vertrauens, dass es in unserer Gesellschaft fair und einigermaßen gerecht zugehe. Hier liegt der eigentliche Grund, warum die Beschädigung der Anker für die Gesellschaft so relevant ist.

In den Standard-Lehrbüchern der Ökonomie spielt der Wirtschaftsfaktor Vertrauen – genau wie der Ankereffekt – keine Rolle. Dabei kann eine Marktwirtschaft ohne Vertrauen gar nicht funktionieren. Wir meinen zwar gelegentlich, unser Wirtschaftsleben würde in erster Linie durch Recht und Gesetz geregelt. Doch wenn jede Einzelheit des alltäglichen Wirtschaftslebens durch Gesetze geregelt würde und jeder nur das täte, wozu er aufgrund dieser Gesetze gezwungen wäre, dann würde das wirtschaftliche Leben schnell erstickt. Und würden wir stets im Gesetzbuch nachschlagen und bei jeder Streitigkeit die Justiz bemühen, kämen wir schließlich gar nicht mehr zu produktiver Arbeit. In der Sprache der Ökonomie: Die Transaktionskosten würden ins Unermessliche steigen.

Der Nobelpreisträger Georg Akerlof und der vermutlich künftige Nobelpreisträger Robert Shiller (2009) haben sich intensiv mit der Integration sozialpsychologischer Erkenntnisse in die Ökonomie befasst. Sie plädieren dafür, neben den üblichen Investitions-, Konsum- und sonstigen Multiplikatoren aus der makroökonomi-

schen Theorie auch einen Vertrauensmultiplikator zu definieren. Dieser Multiplikator würde angeben, um wie viel Prozent das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft steigt, wenn das Vertrauen der Individuen in dieser Volkswirtschaft um 1 Prozent zunimmt. Spiegelbildlich dazu würde ein Vertrauensverlust zu gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Wohlstandseinbußen führen, auch wenn die im klassischen Lehrbuch der Ökonomie berücksichtigten Determinanten unverändert blieben.

Welche Konsequenzen es hat, wenn die Anker für die Beurteilung öffentlicher Leistungen nicht nur schwer beschädigt, sondern nahezu völlig abhanden gekommen sind, offenbart sich in Griechenland. Dort schafft es keine Regierung mehr, die Erwartungen des Wählervolkes zufriedenzustellen. Deshalb folgt eine Parlamentswahl auf die andere, und die vorgezogene Wahl vom 17. Juni 2012 dürfte nicht die letzte gewesen sein. So stark wie in Griechenland sind die Anker in Deutschland sicherlich noch nicht beschädigt, aber bei der Leichtigkeit, mit der in den Rettungspakten mit Milliarden- und Billionen-Beträgen jongliert wird, bewegen wir uns zumindest stark in diese Richtung.

Auf kurze Sicht machen die vom Millionen- in den Milliardenbereich verrutschten Maßstäbe das Politikerleben durchaus leichter. Doch griechische Verhältnisse sind eindeutig nicht im Interesse der Politiker. Denn wer seine Wähler immer wieder enttäuscht, weil die tatsächlich beschlossenen Politikmaßnahmen vom finanziellen Umfang her weit hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleiben, um dessen Wiederwahl wird es nicht zum Besten bestellt sein. Falls es zutrifft, dass wir uns in Deutschland in Bezug auf die Beschädigung der Anker tendenziell griechischen Verhältnissen nähern, dann müsste es doch ein Leichtes sein, die Politik für ein Zurechtrücken der Maßstäbe und eine Reparatur der Anker zu gewinnen.

VI.

Was ist zu tun: Zunächst einmal muss den Akteuren die Bedeutung des Ankers im Allgemeinen und seine Gefährdung durch die Rettungsmilliarden im Besonderen deutlich gemacht werden. Bis-

her versucht es die Politik mit der Strategie, die immensen Summen aus dem Rettungsschirmen quasi als Spielgeld darzustellen, da es sich ja nur um Garantien und Bürgschaften und nicht um „echtes“ Geld handeln würde. Diese Strategie ist extrem kurz-sichtig, denn es ist absehbar, dass die Bundesrepublik Deutschland und damit der deutsche Bürger durchaus in nennenswertem Ausmaß und durchaus real in Anspruch genommen werden wird. Spätestens dann, wenn Straßen, Schulgebäude und Krankenhäuser nicht mehr angemessen unterhalten werden können, weil die dafür nötigen Mittel unter den Rettungsschirmen verschwunden sind, wenn die Steuern erhöht werden müssen, damit Deutschland seinen Verpflichtungen aus EFSF und ESM nachkommen kann, und wenn es die Europäische Zentralbank nicht mehr schafft, das Preisniveau im Griff zu behalten, dann wird die Strategie der Verharmlosung der Belastungen aus den Rettungsschirmen in sich zusammenfallen.

Auf der politischen Ebene haben wir es hier leider mit einem ausgeprägten Erkenntnisproblem zu tun und nicht nur mit einem Umsetzungsproblem, wie vielfach behauptet. Vielen deutschen Parlamentariern, die den Rettungsschirmen ihren Segen geben, wissen offenbar gar nicht so recht, was sie da eigentlich anrichten. Eine vermutlich nicht ganz kleine Zahl von Bundestagsabgeordneten glaubt, es gehe vor allem darum, Zeit zu gewinnen und die Finanzmärkte zu beruhigen. Ihnen ist offenbar selbst schon der Anker abhanden gekommen. Sie erkennen nicht, dass sie das Vertrauen, das sie auf diese Weise an den Finanzmärkten aufbauen wollen, bei den Bürgern umso nachhaltiger zerstören.

Ein erster notwendiger Schritt zum Zurechtrücken der Maßstäbe ist also die Förderung und Verbreitung der Erkenntnis, dass die Milliarden- und Billionen-Beträge, um die es bei den Rettungsschirmen geht, echtes Geld darstellen und keine vagen Versprechungen, aus denen man sich jederzeit zurückziehen könnte.

Ein zweiter wichtiger Schritt liegt darin, die Dimensionen, um die es konkret geht, für die Öffentlichkeit möglichst plastisch darzustellen. Für den geschulten Ökonomen hat es ohne Zweifel etwas Erschreckendes, dass die Haftungssummen, mit denen Deutschland sich in der Euro-Krise engagiert, etwa die Hälfte der aktuellen Staatsverschuldung ausmachen. Wenn sie in vollem Umfang gezogen würden, stiege die deutsche Staatsverschuldung von

derzeit etwa 80 Prozent auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und wäre damit etwa hoch wie in Portugal und Italien und fast doppelt so hoch wie in Spanien.

Für die meisten Bürger dagegen dürften diese Zahlen relativ abstrakt und damit wenig furchteinflößend wirken. Plastischer ist für sie wahrscheinlich die einfache Rechnung, nach der Haftungssummen von rund einer Billion Euro bei einer Bevölkerung von 80 Millionen Einwohnern eine Belastung pro Kopf von 12 000 Euro ergeben. Und dabei sind Neugeborene und Hochbetagte gleichermaßen mitgezählt. Die Belastung derjenigen Personen, die ihr eigenes Einkommen erwirtschaften, liegt überschlagsmäßig bei 30 000 bis 40 000 Euro.

Plastisch verdeutlichen lässt sich der Unterschied zwischen der Million, der Milliarde und der Billion auch durch Vergleiche dazu, wie hoch die Türme ausfallen würden, die sich bei diesen Beträgen aus übereinander geschichteten Geldscheinen ergeben würden. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben Euro-Scheine eine Stärke von rund 0,1 mm. Eine Million Euro übereinandergestapelt aus 100 Euro-Scheinen ergibt demnach einen Turm von 1 m Höhe. Der Turm für eine Milliarde Euro ist immerhin schon 1 000 m hoch. Das Burj Khalifa in Dubai, das derzeit höchste Gebäude der Welt, bringt es gerade einmal auf 828 Meter, also auf rund 20 Prozent weniger. Der eine Billion-Turm aus 100 Euro-Scheinen schließlich ragt stolze 1 000 km in die Höhe. Seine Spitze befindet sich also im tiefsten Weltall, denn die Stratosphäre schafft es nur auf 10 bis 20 km Höhe. Die typische Umlaufbahn geostationärer Fernseh-Satelliten befindet sich in 40 km Höhe. Selbst die rund 400 km hohe Umlaufbahn der internationalen Raumstation ISS wird von unserem Billionenturm noch um mehr als das Doppelte übertroffen.

VII.

Ich komme zum Schluss: Die milliarden- und billionenschweren Rettungspakete sind dabei, massive Vertrauensschäden in der Bevölkerung zu verursachen. Um einer irreparablen Diskreditierung der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegenzuwirken, müs-

sen die Maßstäbe zurechtgerückt und die Anker instandgesetzt werden. Grundlegend dafür ist es, den politischen Akteuren die immense Bedeutung gesellschaftlicher Anker für die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft deutlich zu machen. Auf diesem Weg bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft. Je näher wir dem Ziel kommen, desto eher wird die Politik auf auch für sie verlässlichen Ankergrund zurückkehren. Und je eher wir aufbrechen, desto kürzer der Weg.

Eine allerletzte Bemerkung, die an die Eingangsbemerkungen anknüpft: Am allermeisten auf das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen ist unser Geldsystem. Papiergeld bezieht seinen Wert allein aus dem Vertrauen, das die Bürger ihm entgegenbringen. Es kann mit Fug und Recht als „Vertrauensgeld“ bezeichnet werden. Wenn sich die Beschädigung der Anker und der daraus folgende Vertrauensverlust ungehindert fortsetzen sollten, dann könnte nach der Bankenkrise und der Staatsschuldenkrise schließlich doch noch die Krise des Geldsystems folgen. Doch das ist, wie Theodor Fontane sagt, ein weites Feld – zu weit für heute Abend.

Literatur

- Akerlof, George A. und Robert J. Shiller (2009). *Animal Spirits. How Human Psychology Drives the Economy and why it Matters for Global Capitalism*. Princeton University Press: Princeton.
- Ariely, Dan (2008). *Predictably Irrational*. Harper Collins: New York.
- Bencek, David und Henning Klodt (2011). Fünf Prozent sind (zu) viel: Szenarien zu den benötigten Primärüberschüssen der Euroländer (2011). *Wirtschaftsdienst* 91 (9): 595–600.
- Kahnemann, Daniel und Amos Tversky (1979). Prospect Theory. An Analysis of Decision under Risk. *Econometrica* 47 (2): 263–292.
- Lux, Thomas und /Westerhoff, F. (2009), Economics Crisis. *Nature Physics* 5: 2–3.
- Strack, Fritz und Roland Deutsch (2002). Urteilsheuristiken. In: Dieter Frey, Martin Irle (Hrsg.), *Theorien der Sozialpsychologie*, Band III, Hans Haber: Bern: 352–384.



Prof. Dr. Henning Klodt

www.henning.klodt.de

Geboren 1952. 1972–1977 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Promotion bei Herbert Giersch an der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1984. Ernennung zum Direktor und Professor 1999. Seit 1978 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel tätig. Dort übernahm er 1988 die Leitung der Forschungsgruppe *Technologie und Wachstum*, 1990 die Leitung der Forschungsgruppe *Strukturwandel und Beschäftigung* (dort unter anderem verantwortlich für die *Strukturberichterstattung* an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) und 1997 die Leitung der Abteilung *Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung*. Gegenwärtig leitet er das *Zentrum Wirtschaftspolitik* des Instituts für Weltwirtschaft.

Seine Forschungsschwerpunkte liegen bei den Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung, dem Strukturwandel zur Wissensgesellschaft, der Forschungs- und Industriepolitik und der Wettbewerbspolitik.